Die Fraktionen der CDU Bruchköbel

Bruchköbel, 25.01.2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion CDU der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Maßnahmen zur HH-Konsolidierung 2021 und Folgejahre

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.) Für die Haushaltsansätze 2021 wird gemäß § 107 HGO eine pauschale haushaltswirtschaftliche Sperre bei den Aufwendungen und Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 15% gesetzt.

    Die Ansätze der Personal- und Versorgungsaufwendungen, sowie deren Auszahlungsansätze bleiben davon unberührt. Über die notwendige Nachbesetzungen von unterjährig vakant geworden Stellen, ist die Stadtverordnetenversammlung zu informieren.

2.) Der Stellenplan wird nicht erweitert. Die geplanten Stellenerweiterungen 0,5 Stelle im PB Kultur und Wissenschaft, die 1,0 Stelle PB Planung und Durchführung der Innenstadtentwicklung, die 1,0 Stelle PB Friedhof- und Bestattungswesen, sowie und neue Stelle PB Wirtschaft und Tourismus werden nicht bewilligt. Die geplanten Aufgabenstellungen sind zumindest für das HH-Jahr 2021 mit dem derzeitigen Personalbestand zu bewältigen resp. abteilungsintern oder übergreifend zu organisieren.

3.) Alle Fachbereiche, übergreifend die gesamte Stadtverwaltung, konzipieren für den Haushaltsansatz 2022, mit einer derzeitig prognostizierten Unterdeckung in Höhe von 844 T€, Möglichkeiten im Sinne des § 92 Abs. 4 der HGO (Haushaltssicherungskonzept). Dieses soll zur Verbesserung sowohl der Ausgaben als auch der Einnahmen führen. Speziell sollen bereits beschlossene Maßnahmen zur Digitalisierung forciert umgesetzt werden, welche zur Synergieeffekten und höherer Produktivität führen.

Begründung:

zu 1.)

Der für das HH-Jahr 2021 eingebrachte Haushalt stellt sich trotz mehrfach gesenkter Kreisumlage, um nun 2,5 %, leider immer noch nicht ausgeglichen dar. Wie bereits für das laufende Haushaltsjahr wurde aus Anlass der nach wie vor herrschenden Pandemie und der daraus absehbar negativen Einnahmenentwicklung, am 16.04.2020 mit DS-81/2020 vom Magistrat eine Haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß §107 HGO beschlossen (15%).

Diesen Ansatz wollen wir im Jahr 2021 weiterverfolgt sehen, um im „vorauseilenden Gehorsam“ ggü. der Kommunalaufsicht eine drohende Anordnung zur Erhöhung Grund- und Gewerbesteuererhöhung abzuwenden.

Die durch die Pandemie bedingten Lockdowns werden noch nicht absehbare wirtschaftliche Folgen verursachen. Grundsteuer und Gewerbesteuererhöhungen wirken sich beim notwendigen „wieder Durchstarten der Wirtschaft“ nach der Pandemie kontraproduktiv aus.

Deswegen erachten wir es als notwendig mit dieser Maßnahme einen wirksamen Beitrag zur Konsolidierung der Haushaltssituation zu leisten, ohne notwendige Investitionen bei der Instandhaltung oder Ersatzbeschaffung zu verzögern oder die Ausschöpfung von Fördermitteln zu beeinträchtigen.

zu 2.)

Weiterhin ist es aus unserer Sicht schwer vermittelbar, den Stellenplan, zumindest im Haushaltsjahr 2021, zu erweitern.

Der Sozialbereich wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut (Jugend/Integration, etc.). Wie beschrieben wird der Bereich Kultur, Kulturring, Ehrenamt und Seniorenarbeit im Fachbereich IV aktuell von einer Mitarbeiterin betreut. So sehr wir den geplanten Einsatz bei der Seniorenarbeit wertschätzen und als notwendig erachten, so wird die Umsetzung des Vorhabens vorerst ohne eine personelle Erweiterung stattfinden müssen.

Im Produkt „Planung und Durchführung der Innenstadtentwicklung“ ist eine neue Stelle durch eine Verlagerung aus dem Bauamt geschaffen worden, welche nun zusätzlich besetzt werden soll. Die Innenstadtentwicklung, vorrangig der Stadthausbau, wird in absehbarer Zeit abgewickelt sein. Insoweit wird das Produkt Planung und Durchführung der Innenstadtentwicklung nicht mehr notwendig sein und die „ausgeliehene“ Stelle steht dann wieder dem Bauamt zur Verfügung.

Im Bereich Friedhofs- und Bestattungswesen soll eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. Als Begründung wird angeführt, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Bestattungen spürbar zugenommen hat und deswegen eine weitere Stelle benötigt wird. Auch sollen neue Bestattungsformen wie z. B. Baum- oder Waldbestattungen eingeführt werden. Aus unserer Sicht kann noch gar nicht ein zusätzlicher Aufwand ausgemacht werden, da die Baum- und Waldbestattung bislang auch noch nicht umgesetzt wurde. Darüber hinaus sehen wir bei den zunehmenden Urnenbestattungen (Urnenwand), einen eher geringeren gärtnerischen Aufwand.

Der bezifferte Aufwand im Produktbereich Wirtschaft und Tourismus wird durch das Stadtmarketing geleistet. Die beschriebenen Mehraufwendungen für die neue Stelle im Bereich Digitale Stadt/Homepage, Fördermittelmanagement und Baustellenmarketing werden wie dem Geschäftsbericht 2020 des Stadtmarketings zu entnehmen ist erfolgreich bewältigt.

Wie auch bei der geplanten zusätzlichen Stelle „Innenstadtentwicklung“, wird die Maßnahme absehbar erledigt sein. Da die Mittel (68% Landesförderung) bereits tatsächlich zur Verfügung stehen, ist eine Erweiterung obsolet. Die eigenständige Unternehmung Stadtmarketing GmbH arbeitet unter der Prämisse wirtschaftlicher Gesichtspunkte, somit sehen wir bei besonderer Anstrengung dieser, keine abwicklungstechnischen Nachteile der ihr übertragenen Aufgaben für die Stadt Bruchköbel an.

zu 3.)
Losgelöst vom Umstand der pandemischen Lage sind wir angehalten einen auskömmlichen Haushalt für unsere Stadt aufzustellen. Plakativ gesprochen ergeben sich defizitäre Haushalte aus der Ursache, dass zu wenig Einnahmen und/oder zu viele Ausgaben vorhanden sind. Haushaltsrechtlich folgen diesem Befund unumgängliche Steuererhöhungen und/oder qualitative Nachteile für die Lebensqualität dieser Stadt. Das wollen wir nicht. Die Vorsehbarkeit einer Unterdeckung für das Jahr 2020 war beim Beschluss nicht möglich. Die verhänge HH-Sperre war eine richtige Entscheidung, um das sich androhende Defizit zu lindern. Diese Maßnahme soll ebenfalls ihre Anwendung im Jahr 2021 finden, weil die Einleitung von wirksamen Projekten zur Optimierung der Haushaltslage kurzfristig keinen Erfolg bringen würde, sondern eher Nachteile. Aus diesem Grund möchten wir, das entsprechende Impulse aus den Fachabteilungen, den Fachleuten erarbeitet oder die Umsetzung bereits laufender Projekte forciert wird. Dabei setzen wir auf das Knowhow und die Erfahrung der Verwaltung.

Wir stehen vor der Herausforderung in Zukunft die Lebensqualität der Stadt zu erhalten, zu verbessern. Damit solide und durchdachte Projekte dabei herauskommen, wollen wir uns die Zeit nehmen diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen.

Fraktionsvorsitzender

Thomas Sliwka (CDU)

Die Fraktion der **CDU** Bruchköbel
vertreten durch Thomas Sliwka Kontakt thomas.sliwka@t-online.de / 0160 / 94858621